



Medienmitteilung der EVP zur GGPI

Gesundheitspolitische Gesamtplanung soll das Wohl der Patientinnen und Patienten zum Ziel haben

Die Evangelische Volkspartei (EVP) erachtet die präsentierten Handlungsfelder als sinnvoll. Der Weg bis zur Umsetzung der geplanten Strategien wird lang, aber notwendig sein. Die EVP wird die präsentierten 25 Ziele und 81 Strategien kritisch und sorgfältig prüfen. Alle Massnahmen der GGPI sollen sich am Wohl der Patientinnen und Patienten messen.

Die älter werdende Bevölkerung benötigt je länger je mehr eine integrierte Versorgung: Die Vernetzung einzelner Leistungserbringer im Behandlungsprozess wird umso wichtiger, je öfters Menschen an verschiedenen Krankheiten leiden und deshalb auch verschiedenste Gesundheitsdienstleistungen beziehen.

Case- und Austrittsmanagement zentral, Unterstützung von Versorgungsregionen

Digitale Prozesse auf Basis des elektronischen Patientendossiers müssen die interprofessionelle Zusammenarbeit unterstützen. Digitale Prozesse auf Basis des elektronischen Patientendossiers müssten die interprofessionelle Zusammenarbeit unterstützen. Der EVP ist ein optimales Case- und Austrittsmanagement nach einem Spitalaufenthalt wichtig, weil es gleichzeitig der Start einer nachhaltigen Nachsorge ist. Neu in Versorgungsregionen zu denken bedeutet eine tiefgreifende Veränderung der gegenwärtigen Behandlungsprozesse, kann jedoch die immer weniger werdenden Hausarztpraxen entlasten.

Massnahmen gegen Fachkräftemangel notwendig

Der Fachkräftemangel ist in den meisten Sparten des Gesundheitswesens bittere Realität. Die kantonale Ausbildungsverpflichtung auf der Sekundarstufe 2 hat sich bewährt: In diesem Bereich haben die Ausbildungszahlen massiv zugenommen. Deshalb macht es für die EVP auch Sinn, im universitären Bereich Ausbildungsverpflichtungen zu lancieren. Ausbildung ist der erste Schritt gegen den Fachkräftemangel.

Gleichzeitig gilt es unbedingt die Verweildauer in allen Gesundheitsberufen zu steigern. Dies gelingt durch gute Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und Karriereperspektiven. Die Institutionen sind in diesem Bereich vom Kanton zu unterstützen.

Wichtige Berücksichtigung von Palliative Care

Die Neugestaltung des Rettungswesens sowie die allgemeine Notfallversorgung der Bevölkerung bedarf gemäss EVP dringend einer Neukonzeptionierung. - Dass die Begleitung von Patientinnen und Patienten auf ihrem letzten Lebensabschnitt in die Gesundheitslandschaft Aargau eingebettet wird und Palliative Care ihren Platz in der Gesamtplanung findet, freut die EVP.

Suchtbehandlungen:

Mit grossem Interesse verfolgt die EVP auch die Behandlungskonzepte für Suchtkranke. Hier wird sie nicht nur Behandlungsangebote gutheissen, sondern hofft auf zeitliche Verkaufseinschränkungen von alkoholhaltigen Getränken zum Mitnehmen, wie dies der Regierungsrat in einer Interpellationsantwort an die EVP bereits beschrieben hat.

Kantoneigene Spitäler – Kooperation JA, Teilprivatisierungen NEIN

Die finanziellen Herausforderungen in der Gesundheitsbranche verlangen ein Überdenken der Eigentümerschaft der kantonalen Spitäler. Die EVP wünscht sich eine bessere Kooperation der kantoneigenen Häuser, Teilprivatisierungen lehnt sie weiterhin ab.

Für Auskünfte:

Therese Dietiker, Co-Präsidentin EVP Aargau, Aarau, Tel. 077 411 68 03